

SPD demokratischer pressediens

SONDERAUSGABE

2/XXVII/221 a

16. November 1972

"Aus den Ländern nach Bonn gesehen"

Regierungschefs zur Bundestagswahl 1972

Enge Bindung Berlin-Bonn

Stolz an der Spree über Anteil am Erfolg
Von Klaus Schütz / Regierender Bürgermeister
von Berlin

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Bremen braucht Brandt!

Darum muß am 19. November die SPD siegen
Von Hans Koschnick / Senatspräsident von Bremen

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Den begonnenen Weg fortsetzen!

Hamburg ist der Wiederwahl Willy Brandts sicher
Von Peter Schulz / Senatspräsident von Hamburg

Seite 5 und 6 / 83 Zeilen

Partner unseres Vertrauens

Hessen steht zur Friedens- und Reformpolitik
Brandts

Von Albert Osswald / Ministerpräsident von Hessen

Seite 7 und 8 / 72 Zeilen

Gemeinsame Mitverantwortung trägt Nutzen

Erhebliche Finanzverbesserungen für Länder
und Gemeinden

Von Alfred Kubel / Ministerpräsident von Nieder-
sachsen

Seite 9 und 10 / 77 Zeilen

Weiter vertrauensvolle Kooperation

NRW ist mit Brandts Regierung gut gefahren

Von Heinz Kühn / Ministerpräsident von Nord-
rhein-Westfalen

Seite 11 und 12 / 85 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telefax: 666 846 / 666 847/
666 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 86 11

Enge Bindung Berlin-Bonn

Stolz an der Spree über Anteil an Erfolg

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin

In der öffentlichen Debatte der letzten drei Jahre wurde kein anderer Städtenamen im Zusammenhang mit Bonn so häufig genannt wie Berlin. Im Inland wie im Ausland waren "Bonn und Berlin" gleichbedeutende Begriffe für eine Politik des Ausgleichs, der Vernunft und der Sicherheit. Das gemeinsame Ringen in Berlin und Bonn um eine Politik des Friedens und der Entspannung in der Welt hat über alle verbrieften Bindungen und Verbindungen hinaus unsere feste Verklammerung mit dem Bund dokumentiert.

Berlin als Krisenherd dieser kriegsbedrohten Welt zu entschärfen und das Leben seiner Menschen normaler zu gestalten war eines der wesentlichen Ziele dieser Bundesregierung unter Bundeskanzler Willy Brandt. Dieses Ziel ist unter tatkräftiger Mithilfe Berlins erreicht worden. Die Ergebnisse sprechen für sich. Eine rapide steigende Zahl westdeutscher und ausländischer Besucher kommt auf den nunmehr gegen Schickane und Übergriffe abgesicherten Transitwegen zu uns, um sich von den Fortschritten in der Stadt selbst zu überzeugen und eventuell gemeinsam mit den Berliner Freunden und Verwandten einen Bummel im östlichen Teil Berlins zu machen. Der Verkehr zu Lande von und nach Berlin hat bis zu 50 vH. zugenommen.

Annähernd zwei Millionen West-Berliner besuchten bereits seit Inkrafttreten des Vier-Mächte-Abkommens den anderen Teil der Stadt und die DDR. Das Telefonnetz in Berlin ist nicht länger gespalten.

Die Vertretung Berlins durch den Bund findet internationale Anerkennung. Noch nie funktionierte die Verbindung zwischen Berlin und Bonn auf allen Gebieten so gut wie in den Jahren der sozial-liberalen Koalition.

Die Entwicklung geht weiter, die substantielle Verbesserung unserer Position beginnt sich bereits positiv auszuzahlen. Gerade haben wir begonnen, mit der Müllverbringung in die DDR ein wesentliches Umweltproblem zu lösen. Die Wirtschaft plant mit gefestigter Perspektive in die Zukunft, kulturelle, sportliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit auch mit dem Osten werden analog dem Verkehrsvertrag nicht mehr an Berlin vorbeientwickelt werden.

Aber hüten wir uns vor Fehlschlüssen. Verträge und Abmachungen allein bedeuten nichts, wenn nicht die richtigen Kräfte dahinterstehen, um sie mit Leben zu erfüllen, um sie dynamisch in der tagtäglichen Alltagspraxis durchzusetzen. Nicht Willy Brandt, sondern Konrad Adenauer knüpfte in den 50er Jahren diplomatische Beziehungen mit Moskau an. Dennoch blieb dieser Akt lange Jahre nicht mehr als ein Stück Papier, weil die damaligen Bonner Regierungen es nicht

verstanden, ihn in eine ständige Verbesserung für das Leben der Menschen umzumünzen.

Berlin wäre bei weiterer Untätigkeit nach dem Rezept der Union ebenso von der Gefahr der Isolierung bedroht worden wie die gesamte Bundesrepublik. Ihre späte Liebe zu Berlin haben viele Politiker der Opposition erst entdeckt, als sie in Bonn nichts mehr zu bestellen hatten. Als Willy Brandt und die Sozialdemokraten zunächst in Berlin und dann in Bonn die Politik der kleinen Schritte einleiteten, traten CDU und CSU ihnen mit einer Politik der großen Worte entgegen. Wir haben nicht zwei Jahrzehnte lang mit Willy Brandt und anderen großen Sozialdemokraten an der Spitze des Berliner Kampfes um Freiheit und Freizügigkeit gestanden, um jetzt von denen, die während der Krisen und Konfrontationen weit ab vom Schuß saßen, Belehrungen für den Umgang mit Kommunisten entgegenzunehmen.

Die sozialliberale Koalition und mit ihr der Senat von Berlin haben keine hektische Politik der Vertragsabschlüsse mit unseren östlichen Nachbarn betrieben. Diese Politik ist seit einem Jahrzehnt solide angelegt und weiterentwickelt worden. Vielmehr ist die Opposition in eine peinliche Hektik geraten, um stemelos hinter der internationalen Entwicklung herzurennen und noch im allerletzten Augenglick - wie bei der Abstimmung über die Ostverträge - auf den abgefahrenen Zug aufzuspringen.

Nicht zufällig fallen die Bemühungen des Bundeskanzlers und Friedens-Nobel-Preisträgers Willy Brandt um eine Beendigung des kalten Krieges in Deutschland zusammen mit den Bemühungen unseres stärksten Verbündeten um Beendigung des heißen Krieges in anderen Teilen dieser Erde.

Auf der ganzen Welt wird versucht, die Weichen für den Frieden zu stellen und die konzentrierte Kraft auf die innere Sicherheit und die Verbesserung der Lebensqualität für alle Bürger zu lenken. Die Bundesregierung befindet sich seit Beginn der sozialliberalen Koalition im Einklang mit diesen Bestrebungen unserer Verbündeten. Das hat ihr eine internationale Aufwertung von bisher nicht gekanntem Ausmaß eingebracht. Die Achtung, die heute unserem Staat und seinen Bürgern in den größten Ländern der Erde entgegengebracht wird, die hohen Gesten der Auszeichnung und Anerkennung, die Vertretern unseres Staates und unserer Kultur zuteil wurden, sind ein Erfolg für uns alle. Berlin ist stolz darauf, seinen Anteil an diesem Erfolg beigetragen zu haben.

(-/16.11.1972/ks/ex)

Bremen braucht Brandt !

Darum muß am 19. November die SPD siegen

Von Hans Koschnick

Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

"Der Fortschritt in Bremen braucht den Fortschritt in Bonn".
So habe ich in diesen Tagen in einer Wahlanzeige der SPD gelesen.

Mir scheint, das ist ein vernünftiger Gedanke. Ein bißchen vom wünschenswerten Gleichklang zwischen Bonn und Bremen schwingt da mit, ein bißchen von der traditionellen Bremer Bundestreue, und ein bißchen wird damit auch das alte Thema "Bund und Land - Hand in Hand !" neu variiert.

Wenn die Bremer Sozialdemokraten sich in diesen Tagen erneut und mit Leidenschaft für Willy Brandt und seine Politik des Friedens nach innen und nach außen engagieren, dann ist dies zunächst und vor allem Ausdruck und Gebot politischer und menschlicher Solidarität.

Aber: Man täte uns Bremern, Menschen, die von der besonderen Atmosphäre eines Welthandelsplatzes geprägt sind, doch wohl zuviel Ehre an, wollte man uns bei dem Engagement für eine fortschrittliche Politik in Bonn nur altruistische Motive unterstellen.

Mitnichten: Wir Bremer, manchmal deswegen als "Pfeffersäcke" denunziert, halten uns etwas darauf zugute, daß wir auch in turbulenten Zeiten am liebsten einen kühlen Kopf bewahren - und rechnen !

Das Ergebnis dieses Rechenexempels allerdings dürften Kaufleute, Pfennigfuchser, Arbeitnehmer, Mittelständler, Beamte, Hausfrauen und die Stauer im Hafen gleichermaßen überzeugend finden, und zwar nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch:

Wenn nämlich wir Bremer in Ruhe darüber nachdenken, was uns denn im allgemeinen und im besonderen auch besonders gut tut, dann

kommen wir immer wieder zu dem Resultat: Für einen Welthafen und einen Welthandelsplatz, da gibt es garnichts besseres als Frieden !

Nur im Frieden blüht der Handel. Nur im Frieden sind die Weltmeere offen. Ergo, und das lernen wir Bremer schon in der Wiege, liegt es im bremischen Interesse, solche deutsche Politik zu unterstützen, die dem Frieden dient. Die Säbelrassler und die Kraftprotze dagegen, die haben in Bremen keine Freunde. Strauß, zum Beispiel.

Wenn wir Bremer also sagen, wir wollen, daß Willy Brandt Kanzler bleibt, wir wollen, daß er seine Politik der Versöhnung, der Entspannung und des Friedens fortsetzt, dann tun wir das nicht nur, weil wir grundsätzlich mit diesen politischen Zielen übereinstimmen, wir tun es auch, weil damit unsere eigenen Lebensinteressen gewahrt werden. Der friedliche internationale Wettbewerb ist die Quelle von Bremens Wohlstand !

Die zweite Rechnung, die wir Bremer anzustellen pflegen, ist ebenso einfach: Unsere Väter und unsere Vorväter, so konservativ sie in manchem auch gewesen sein mögen, haben uns gelehrt, daß man sich den Fortschritt ins Haus holen muß, wenn man nicht hoffnungslos ins Hintertreffen geraten will.

Nur deswegen hat Bremen über die Jahrhunderte hinweg seinen Rang und seinen Ruf bewahrt, weil es weltoffen gewesen ist, fortschrittlich, der Zukunft zugewandt. Deswegen liegt es auch heute in unserem, der Bremer, ureigensten Interesse, unser Land weit zu öffnen für die Kräfte der Reform, die dafür sorgen, daß wir auch morgen sicher leben können.

Wir brauchen also Willy Brandt und seine Reformpolitik, um unser Land vorwärtszubringen im Bemühen um mehr Demokratie, um mehr Chancengleichheit, um mehr Solidarität, um mehr Gerechtigkeit.

Keine Frage, wir sagen aus purem Egoismus:

Bremen braucht Brandt !

(-/16.11.1972/ks/ex)

Den begonnenen Weg fortsetzen!

Hamburg ist der Wiederwahl Willy Brandts sicher

Von Peter Schulz

Bürgermeister und Präsident des Senats der
Freien und Hansestadt Hamburg

Am 19. November wird darüber entschieden werden, ob Willy Brandt seine Politik fortsetzen kann. Dabei geht es um die Zukunft Deutschlands - auch um das Schicksal der Stadt Hamburg.

Hamburg ist vor allem eine Stadt der Arbeitnehmer. Eine Million Menschen stehen in diesem Stadtstaat in Lohn und Brot. Die Regierung Brandt hat in den drei Jahren seit ihrem Amtsantritt bewiesen, daß es ihr Ernst ist mit der Aussage, die Interessen der Arbeitnehmer in den Mittelpunkt ihrer Anstrengungen zu stellen und im wirtschaftlichen Bereich eine Politik zu betreiben, die als oberstes Ziel die Sicherung der Arbeitsplätze, die Sicherung der Vollbeschäftigung hat. Gegen die Stimmen der CDU ist das neue Betriebsverfassungsgesetz verwirklicht worden. Wir haben Fortschritte im Bereich der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gemacht. In Hamburg bleiben die Mieter in Altbauten auch weiterhin geschützt. Unsere D-Mark gehört zu den härtesten Währungen der Welt. In unserer Wirtschaft hat es trotz aller Schwarzmalerei keine Flaute gegeben, die Auftragsbücher sind voll.

Wir haben gerade in Hamburg in den unruhigen Jahren vor dem Amtsantritt des Bundeskanzlers erlebt, was es heißt, wenn grosse Teile der Jugend außerhalb des Staates stehen, wenn sie ihre Interessen vernachlässigt sehen und daher ihre Forderungen, berechnete oder unberechnete, auf die Straße tragen. Die sozialliberale Bundesregierung hat der unruhigen Jugend neue Perspektiven gezeigt und viele aus ihren Reihen zur Mitarbeit im Staat zurückgeführt. Manche glauben, darin läge eine Gefahr. Ich bin aber überzeugt, daß wirkliche, erneut zunehmende Gefahren für unseren Staat nur von einer Entwicklung drohen können, die erneut zu einer Entfremdung zwischen jungen, vorwärts drängenden Kräften und dem Staat führt. Weil eine von Willy Brandt geführte Regierung mehr anzubieten hat als "Law-and-Order", wird sie auch weiterhin dazu beitragen, daß unruhige junge Menschen sich nicht in fruchtlosem Protest verlieren, sondern zu fruchtbarer Mitarbeit kommen.

Seit dem Abschluß der Verträge von Rom über die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat Hamburg die Forderung erhoben, daß Europa sich nicht auf den exklusiven Klub der Sechs beschränken dürfe. Wir haben nie nachgelassen in unserer Forderung, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft für weitere Staaten zu öffnen. Mit seinem Vorstoß auf der Haager Konferenz 1969 hat Bundeskanzler Brandt das Tor geöffnet, Großbritannien,

Irland und Dänemark haben sich der Europäischen Gemeinschaft angeschlossen. Es wird nun darauf ankommen, die Politik des Ausbaus der europäischen Zusammenarbeit konsequent fortzusetzen. Auf dem europäischen Gipfeltreffen vom 19. Oktober in Paris hat Willy Brandt gemeinsam mit unseren Partnern in der Gemeinschaft diese Entwicklung einen neuen kräftigen Anstoß gegeben. Wir in Hamburg sind überzeugt, daß Europa nicht stehenbleiben darf, und daß es auch nicht stehenbleiben wird, solange in Bonn eine Regierung an der Arbeit ist, die europäische Politik mit Augenmaß und Zähigkeit betreibt und zugleich verhindert, daß Europa ein exklusiver Klub für Marktregelungen bleibt.

Vor beinahe zwei Jahrzehnten haben führende Politiker aller Parteien in Hamburg das Konzept einer "Politik der Elbe" entwickelt. Grundend auf den Erfahrungen der alten Welthandelsstadt war es das Ziel dieser Politik, über die Gräben und Mauern des Kalten Krieges hinweg ein Mindestmaß an Zusammenarbeit, ein Mindestmaß an Kontakten mit den Ländern jenseits der Trennungslinie durch Europa aufrechtzuhalten. Für diese Politik der nüchternen Einschätzung unserer Möglichkeiten hat Hamburg in früheren Bundesregierungen keinen Partner gefunden. Die Regierung Brandt hat die Ziele und Aufgaben unserer Politik gegenüber dem europäischen Osten neu definiert und neu formuliert. Sie hat sich um das Gespräch, den Ausgleich und die Verständigung bemüht, um die beiden Teile unseres Landes und Europas nicht weiter auseinanderwachsen zu lassen. Die Verträge mit Moskau und Warschau sind unterzeichnet, die Grundlagen für die Zusammenarbeit mit den anderen Teil Deutschlands sind gelegt. Erleichterungen für die Menschen in beiden Teilen unseres Landes sind in Sicht. In Hamburg, dessen Rathaus nur 40 km von der Grenze liegt, weiß man, was es bedeutet, wenn wir zu einem geregelten Miteinander in Deutschland kommen. In Hamburg weiß man vor allem, welcher Schaden eintritt, wenn diese Politik nicht folgerichtig fortgesetzt wird.

Ausgleich nach innen - gute Nachbarschaft nach außen: Das waren stets die Prinzipien, nach denen die alte Stadtrepublik Hamburg ihre Politik gestaltet hat. Diese Prinzipien bestimmen auch das Handeln der Regierung Brandt. Nach innen wie nach außen werden neue Wege gesucht, Fehlentwicklungen korrigiert. Das ist eine Aufgabe, die Zeit braucht. Wir in Hamburg sind sicher, daß die Wähler am 19. November Willy Brandt diese Zeit geben werden.

(-/ 16. 11. 1972 / bgy / ex)

+ + +

Partner unseres Vertrauens

Hessen steht zur Friedens- und Reformpolitik Brandts

Von Albert Osswald

Ministorpräsident des Landes Hessen

In weiten Bereichen sind Bundes- und Landespolitik untrennbar miteinander verbunden: Dies gilt nicht nur für die Innenpolitik, sondern in zunehmendem Maße auch für den außenpolitischen Kurs, der in Bonn bestimmt wird.

Das Bundesland Hessen zählt zu den Schwerpunkten des europäischen Marktgeschehens. Es ist daher als Land der Bundesrepublik auf die positiven Folgewirkungen guter Beziehungen und partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Völkern der Erde angewiesen.

Mittler zwischen unseren Gesprächspartnern in aller Welt und der stark exportorientierten hessischen Wirtschaft ist die neue Bonner Außenpolitik, ist die Friedenspolitik von Bundeskanzler Willy Brandt. Sichere Arbeitsplätze in Hessen und leistungsgerechte Bezahlung hängen wie eh und je vom Frieden in Europa und der Entspannung in der Welt ab.

So kommt das Vertrauen, daß Bundeskanzler Willy Brandt in der Welt genießt, den hessischen Bürgern unmittelbar zugute. Es wäre eine Illusion zu glauben, daß eine Regierung Strauß/Barzel dieses Vertrauen gleichsam als "Betriebskapital" in eine von ihnen geführte Bundesregierung einbringen könnten.

Niemand - weder unsere westlichen Freunde noch die Verantwortlichen in den östlichen Nachbarstaaten - wird übersehen, daß die Opposition den Verträgen mit Moskau und Warschau ihre Zustimmung versagte. Wir teilen die Meinung unserer Freunde, die in den Ostverträgen Grundlagen für eine gesamteuropäische Friedensordnung sehen: Diese Grundlagen würden von einer Bundesregierung der Unionisten ernsthaft in Frage gestellt werden.

Es ist legitim, wenn ein Landespolitiker vor Bundestagswahlen prüft, von welcher Bundesregierung die Bürger seines Landes die meisten Vorteile erwarten können - und die hessischen Bürger sind besonders kritisch. Denn sie sind seit Jahren daran gewöhnt, in einem Land zu leben, dessen Charakterisierung "Hessen vorn" mehr

ist als ein Schlagwort. Für sie ist eine Lebensqualität zum Standard geworden, der für andere Bundesländer noch angestrebt wird. Dies reicht von der Spitzenstellung in der Krankenhausversorgung über die Anzahl der Ärzte je Einwohner, die Gesamtsozialausgaben bis hin zu den Bildungsinvestitionen, die Hessen die höchste Abiturientenquote und die niedrigsten Klassenfrequenzen im Bundesvergleich der Flächenstaaten gebracht haben.

Für diese mit einem hohen Standard der sozialen Dienstleistungen vertrauten Bürger braucht Hessen einen soliden und ehrlichen Partner in Bonn. Drei Jahre Bundesratserfahrung mit der Arbeit der Regierung Brandt haben uns einen Partner kennenlernen lassen, der von gleichen politischen Prioritäten ausgeht wie wir.

Unsere partnerschaftliche Kooperation im Bundesrat ist natürlich keine kritiklose Anpassung an die Vorstellungen des Bundes; sie ist eigenverantwortliche politische Mitarbeit. Dabei hat es sich gezeigt, daß die gemeinsame politische Haltung der sozialliberalen Bundesregierung und der hessischen Landesregierung auch zu einer weitgehenden Übereinstimmung in wesentlichen Gesetzesvorhaben führte.

Wir Hessen haben uns zum Beispiel nachdrücklich für die Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes eingesetzt, haben gemeinsam mit der Bundesregierung für das neue Betriebsverfassungsgesetz gekämpft und schließlich auch geholfen, daß ein sozialeres Mietrecht Wirklichkeit wurde.

Wir sind im Bundesrat allen Blockadeversuchen der CDU/CSU-geführten Länder entgegengetreten und haben ihre Argumente als nicht sachbezogene parteitaktische Erwägungen entlarvt. Dabei erklärten wir immer wieder, daß der Bundesrat seine Funktion als föderative Revisionsinstanz der Bundesgesetzgebung mißbraucht, wenn er versucht, sich als eine Art Anti-Bundestag zu verstehen.

Ich bin sicher, daß uns der bundespolitische Partner, mit dem wir drei Jahre vertrauensvoll zusammengearbeitet, auch in der nächsten Legislaturperiode zur Verfügung stehen wird. Die hessischen Kommunalwahlen haben gezeigt, daß der Bürger eine sachliche und leistungsbezogene Politik honoriert: Er wird auch der Friedens- und Reformpolitik der Regierung Brandt das Vertrauen aussprechen.

(-/16.11.1972/bcy/ez)

Gemeinsame Mitverantwortung trug Nutzen

Erhebliche Finanzverbesserungen für Länder und Gemeinden

Von Alfred Kubel

Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

Die CDU/CSU spielte im Wahlkampf falsch. Keine Polemik war ihr zu billig, um die Leistungen der sozialliberalen Bundesregierung zu schmälern. Das war so im niedersächsischen Kommunalwahlkampf, das setzte sich fort in der Endphase des Bundestagswahlkampfes.

Dieser plumpen und von wenig demokratischen Verantwortungsbewußtsein zeugenden CDU-Taktik lassen sich sehr reale und von niemandem zu bestreitende Tatsachen entgegensetzen, Tatsachen, die die Leistungen der SPD/FDP-Koalition belegen. Als Beispiel von besonders staatspolitischer Bedeutung, weil es die Funktionsfähigkeit unseres föderalistischen Staates betrifft, sei hier auf die verbesserte Finanzsituation der Länder und Gemeinden hingewiesen, die von der sozialliberalen Koalition nachhaltig gefördert wurde. Überblickt man den knapp bemessenen Zeitraum von drei Jahren, also von 1970 bis 1972, so lassen sich folgende Verbesserungen aufzeigen:

Das Anteilsverhältnis von Bund und Ländern an der Umsatzsteuer ist zugunsten der Länder verändert worden. Ab 1972 erhalten die Bundesländer 35 vH. und nicht wie bisher nur 30 vH. Über den kommunalen Steuerverbund partizipieren auch die Gemeinden an diesem Fortschritt. Die finanzschwachen Länder erhalten 1972 aus den Bundesergänzungszuweisungen insgesamt 550 Millionen DM, zuvor waren es lediglich 100 Millionen DM. Niedersachsen allein erhält jetzt 203 Millionen DM.

1970 ist die Gemeindefinanzreform in Kraft getreten. Mit dieser Gemeindefinanzreform wurden die Kommunen mit 14 vH. an der veranlagten Einkommens- und Lohnsteuer beteiligt. Obwohl sie auf 40 vH. der Gewerbeertragssteuer verzichten mußten, war die Gesamtsumme, die sie zum Ausgleich dafür über die Beteiligung an der Einkommens- und Lohnsteuer erhielten, etwa 2,7 Milliarden DM

im Bundesgebiet. Außerdem sind die Einnahmen aus der Einkommens- und Lohnsteuer wesentlich konjunkturabhängiger, als es die Einnahmen aus der Gewerbeertragssteuer sind. Die niedersächsischen Kommunen konnten bereits 1970 über Steuermehreinnahmen in Höhe von 270 Millionen DM verfügen, 1971 waren es bereits 380 Millionen DM und 1972 werden es voraussichtlich Mehreinnahmen in Höhe von 402 Millionen DM sein.

Weitere zusätzliche Mittel für den Verkehrsausbau fließen den Gemeinden durch das 1971 beschlossene Verkehrsfinanzierungsgesetz zu. Allein 1972 stehen für den Verkehrsausbau den Gemeinden im Bundesgebiet 1,8 Milliarden DM zu. Den Ländern bringt die Neuordnung der Kfz-Steuer für Lastkraftwagen Mehreinnahmen von etwa 170 Millionen DM. Auch davon profitieren die Kommunen über den Steuerverbund. Rund 735 Millionen DM werden an Bundesmitteln auf Grund des Städtebauförderungsgesetzes für die dringend notwendige Stadtsanierung und -entwicklung im Rechnungszeitraum 1971-1975 bereitgestellt.

Und - als gewichtige Verbesserung nicht zu übersehen - ein weiteres Argument: das Krankenhaus-Finanzierungsgesetz. Mit diesem Gesetz wird der Bund durch die vorgesehenen Leistungen für die Jahre 1972 bis 1975 die Kommunen in die Lage versetzen, Kreditaufnahmen in Höhe von rund drei Milliarden DM zu finanzieren.

Diese wenigen Argumente zeigen, welche enormen Fortschritte während der bisherigen Regierungszeit der sozialliberalen Koalition auf dem Gebiet der Verbesserung der Finanzsituation von Ländern und Kommunen möglich gewesen sind. Fortschritte, die nur durch die intensive Zusammenarbeit zwischen der SPD/FDP-Bundesregierung und den Landesregierungen erreichbar waren.

Schließt man die Gemeinschaftsaufgaben noch ein, die Bund und Länder in den Fragen des Ausbaus und des Neubaus von wissenschaftlichen Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken, der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur und - in Niedersachsen ganz besonders wichtig - der Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes vereint tragen, dann rundet sich das Bild von der gemeinsamen Verantwortung des Bundes und der Länder für die Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Bürger in allen Teilen unseres Landes. Es ist das historische Verdienst dieser Bundesregierung, mit sehr konkreten Maßnahmen das Verhältnis des Bundes zu den Ländern aus der falsch verstandenen "Konkurrenz" vergangener Jahre in die gemeinsame wechselseitige Mitverantwortung für die Existenz unseres freiheitlichen Staates und aller seiner Glieder geführt zu haben.

(-/16.11.1972/bgy/ez)

Weiter vertrauensvolle Kooperation

NRW ist mit Brandts Regierung gut gefahren

Von Heinz Kühn

Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Der Bundeskabinett hat auf seiner letzten Sitzung vor den Bundestagswahlen das Programm für die Sanierung der Ruhrkohle gebilligt. Am gleichen Tag hat die Landesregierung diesem Programm, das vor allem der weiteren Sicherung der Arbeitsplätze im Ruhrgebiet dient, zugestimmt. Diese simultane Entscheidung in einem für die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens entscheidend wichtigen Bereich kennzeichnet die enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung Willy Brandt und der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen.

Die Bundestagswahlen von 1969, die den Sozialdemokraten erstmals die politische Führung ermöglichten, sind in Nordrhein-Westfalen entschieden worden. Im größten und volkreichsten Land der Bundesrepublik hatte die SPD zum erstenmal die CDU überflügelt: Mit 46,8 vH. der Stimmen gegenüber 43,6 vH. für die CDU hatten die Wähler zwischen Rhein und Weser Willy Brandt ihr Vertrauen ausgesprochen. Die Wähler Nordrhein-Westfalens bestätigten damit gleichzeitig die erfolgreiche Arbeit einer sozialliberalen Koalition in Düsseldorf, die für die Regierungsbildung 1969 in Bonn zum Vorbild wurde.

Ich bin davon überzeugt, daß die Entscheidung der Wähler aus diesem Lande der Arbeit nach drei Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit zwischen Bonn und Düsseldorf noch überzeugender ausfallen wird. Denn an Rhein und Ruhr können sich die Arbeitnehmer noch sehr genau erinnern, welcher Belastung sie ausgesetzt waren, als die "gewollte Rezession" Erhards und Schmückers die wirtschaftliche Entwicklung dieses Bundeslandes zum Stillstand brachte und zur Arbeitslosigkeit für mehr als hunderttausend Arbeitnehmer führte.

Wenn die Arbeitsplätze zwischen Detmold und Aachen, zwischen Oberhausen und Siegen heute wieder sicher sind, wenn der Reallohn der Arbeitnehmer gerade in den letzten drei Jahren so steil angestiegen ist wie nie zuvor, so sind diese Erfolge nicht zuletzt auf die Leistungen der Bundesregierung Willy Brandt und die enge Zusammenarbeit zwischen Bonn und Düsseldorf zurückzuführen. In dieser Zusammenarbeit hat die Landesregierung die Aufgabe übernommen, das Reformwerk, das Willy Brandt und sein Kabinett trotz geringer Mehrheit im Bundestag durchzusetzen hatten, im Bundesrat zusammen mit den anderen sozialdemokratisch geführten Länder gegen den hartnäckigen Widerstand der CDU/CSU-Länder abzustützen und im Lande selbst zu konkretisieren.

Diese Konkretisierung und die Intensität der Zusammenarbeit sind besonders im Bereich der Bildungspolitik erkennbar gewor-

den. Nachdem die sozialliberale Bundesregierung nach zwanzig-jährigem Streit zwischen den Ländern endlich den Weg zu einem einheitlichen Bildungswesen eröffnet hatte, konnte die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen praktische Modelle dieses Reformkonzepts verwirklichen: Durch die Einrichtung von Gesamtschulen, durch die Schaffung fünf neuer Gesamthochschulen und durch die Einführung des Kollegschul-Modells, das als erster wichtiger Schritt auf dem Wege zur Reform der beruflichen Bildung anzusehen ist.

Auf dem Sektor des Umweltschutzes hat das Land Nordrhein-Westfalen Schrittmacherdienste für den Bund leisten können. Mit seinen Programmen und Maßnahmen hat es dazu beitragen können, daß mit den Umweltschutzgesetzen der Bundesregierung eine umfassende Basis für die weitere Arbeit bei der Sicherung der menschlichen Umwelt geschaffen werden konnte.

Besonders eng war die Kooperation zwischen Bund und Land auch bei den gemeinsamen Bemühungen um die Stabilität unserer öffentlichen Haushalte und unserer konjunkturellen Entwicklung. Die Landesregierung hat in ihrer Haushaltspolitik alles getan, um die Bundesregierung bei ihren Stabilitätsbemühungen zu unterstützen. Das zeigt sich unter anderem daran, daß die Zuwachsrate des nordrhein-westfälischen Haushalts 1969 bis 1971 mit 25,8 vH. weit unter dem Länderdurchschnitt von 31,4 vH. lag und das Land mit 102 DM die geringste je Kopfverschuldung aller Bundesländer aufweist. Die Tatsache, daß trotz dieser stabilitätsgerechten Haushaltspolitik die Reformarbeit der Landesregierung nicht eingeschränkt werden mußte, widerlegt die in letzter Zeit aus "Unions"-regierten Ländern ständig wiederholte Behauptung, daß den Ländern eine stabilitätsgerechte Ausgabenpolitik nicht möglich sei.

Bundesregierung und Landesregierung von Nordrhein-Westfalen haben in den vergangenen drei Jahren enger und erfolgreicher zusammengearbeitet als je zuvor. Wenn es uns in einer Periode des Strukturwandels gelingen soll, die großen Aufgaben der nahen Zukunft erfolgreich in Angriff zu nehmen, bedarf das Land Nordrhein-Westfalen weiterhin der engen Zusammenarbeit mit einer Bundesregierung, die sich der Sicherung der Arbeitsplätze, dem Ausbau der sozialen Gerechtigkeit und der Verbesserung der Lebensqualität der Bürger verpflichtet weiß. Auch darüber werden die Wähler des größten Bundeslandes zu entscheiden haben, wenn sie am kommenden Sonntag an die Wahlurne gehen.

(-/16.11.1972 bgy/ex)